

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen
Analyse des Rechts**

Band 48

Regulierungswettbewerb im Gesellschaftsrecht

**Zur Funktionsfähigkeit
eines Wettbewerbs der Rechtsordnungen
im europäischen Gesellschaftsrecht**

Von

Klaus Heine



Duncker & Humblot · Berlin

KLAUS HEINE

Regulierungswettbewerb im Gesellschaftsrecht

Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grosseckler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster
Klaus J. Hopt, Hamburg · Christian Kirchner, Berlin
Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

Band 48

Regulierungswettbewerb im Gesellschaftsrecht

Zur Funktionsfähigkeit
eines Wettbewerbs der Rechtsordnungen
im europäischen Gesellschaftsrecht

Von

Klaus Heine



Duncker & Humblot · Berlin

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg hat diese Arbeit
im Jahre 2001/2002 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2003 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin
Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0935-5065
ISBN 3-428-10968-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Zeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum beziehungsweise am Fachbereich für Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg in den Jahren 1997 bis 2001. In dieser Zeit wurde mein Dissertationsprojekt von meinem Doktorvater Herrn Professor Dr. Wolfgang Kerber betreut. Dabei beschränkte sich die Betreuung keineswegs auf den Gegenstand der Dissertation im engeren Sinne, sondern es handelte sich vielmehr um eine Anleitung zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten. Insofern bin ich ihm weit über die Betreuung der Dissertation hinaus für viele Gespräche dankbar, die mir geholfen haben, meine wissenschaftlichen Überlegungen zu strukturieren und immer wieder kritisch zu hinterfragen. In diesem Zusammenhang bin ich auch den zahlreichen Teilnehmern eines Workshops zur ökonomischen Analyse des Gesellschaftsrechts dankbar, der im Herbst 2000 am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Philipps-Universität Marburg stattfand. Auf diesem Workshop konnte ich zentrale Argumentationen meiner Dissertation nochmals einer kritischen Überprüfung unterziehen.

Ebenfalls zu großem Dank bin ich Herrn Professor Dr. Erich Schanze verpflichtet, der mich von rechtswissenschaftlicher Seite aus dazu ermutigt hat, den interdisziplinären Ansatz der ökonomischen Analyse des Rechts zu verfolgen. Ich bin ihm zudem dankbar, einen Teil meiner Dissertation auf einem Seminar zum Internationalen Privatrecht in Riezlern (Kleinwalsertal) vorstellen und diskutieren zu können. In der Endphase der Erstellung der Dissertation war er mir darüber hinaus behilflich, einen Forschungsaufenthalt an der „Law School“ der University of Chicago zu organisieren – hierfür sei ihm an dieser Stelle nochmals ganz herzlich gedankt.

„Last but not least“ gilt mein Dank Herrn Professor Dr. Ulrich Fehl. Er übernahm freundlicherweise die Aufgabe, das Zweitgutachten anzufertigen. Dank gebührt ihm aber vor allem, mich während meines Studiums an der Philipps-Universität Marburg an volkswirtschaftliche Fragestellungen herangeführt zu haben und mich über das Studium hinaus für Ökonomik zu begeistern.

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, sei schließlich für die großzügige Übernahme der Druckkosten gedankt.

Marburg, im Oktober 2002

Klaus Heine

Inhaltsverzeichnis

A. Einführung in die Problemstellung	13
I. Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften in der Theorie der Wirtschaftspolitik – Wettbewerbsföderalismus	13
1. Staat als Monopol – Staat als Wettbewerber	13
2. Die vertikale Zuordnung von Regulierungskompetenzen	17
II. Gesellschaftsrecht und das Problem der Niederlassungsfreiheit in Europa	23
1. Probleme des Internationalen Gesellschaftsrechts	23
2. Der lange Weg zur Niederlassungsfreiheit	26
a) Kollisionsrechtliche Optionen in Europa	26
b) Die Daily-Mail Entscheidung	28
c) Die Centros-Entscheidung	30
d) Europarechtliche Perspektiven und offene Fragen	32
III. Weiteres Vorgehen	34
B. Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften und das Ordnungsproblem	36
I. Der Beitrag der Konstitutionenökonomik zur Gestaltung von Wirtschaftsordnungen	36
II. Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften als Problemlösungsmechanismus institutioneller Probleme?	40
1. Mögliche Vorteile eines Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften	42
a) Anpassung an lokale Präferenzen	42
b) Verringerung von Rent-Seeking	42
c) Lösung des Wissensproblems durch Innovation und Imitation – „race to the top“	43
2. Mögliche Probleme eines Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften	44
a) Externe Effekte	44
b) Informationsasymmetrien	46
c) „Race to the bottom“ im Bereich der Besteuerung	49
III. Zur Notwendigkeit einer Ordnung für den Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften	50
1. Entry/Exit-Regeln als Bestandteil der Metaordnung	53
2. Kollisionsrecht als Bestandteil der Metaordnung	55
a) Kollisionsrechtliche Regime vom Typ I	56
b) Kollisionsrechtliche Regime vom Typ II	58
3. Zwischenfazit	61

C. Die Bedeutung des Gesellschaftsrechts aus der Perspektive der Theorie der Firma	64
I. Einleitung	64
II. Vertragstheoretische Ansätze der Theorie der Firma	65
1. Informationsasymmetrien als Ausgangspunkt der Betrachtung	66
a) Principal-Agent Ansatz	66
b) Team-Theorie	68
2. Unternehmen als Koordinationsmechanismus: Transaktionskosten- ökonomik und Property Rights-Theorie	69
a) Transaktionskostentheorie	70
b) Property Rights-Theorie	73
3. Die Rekonstruktion des Gesellschaftsvertrages durch Gesellschafts- recht und das Problem der Rechtswahl	76
III. Zusammenfassende Begründung für eine staatliche Regulierung des Gesellschaftsrechts	78
IV. Zum Regelungsgehalt des Gesellschaftsrechts	80
1. Dimensionen des Gesellschaftsrechts	81
a) Innenverhältnis	81
b) Außenverhältnis	82
2. Gesellschaftsrechtliche Grundtypen	83
D. Die empirische Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Regulierungswettbewerbs und die Unterscheidung verschiedener Regulierungswettbewerbstypen	85
I. Zur empirischen Bedeutung des gesellschaftsrechtlichen Regulierungswettbewerbs	86
1. Erfahrungen der amerikanischen Bundesstaaten	86
2. Das gesellschaftsrechtliche Angebot am Beispiel Delawares	89
3. Zur Bedeutung der Besteuerung	91
4. Inkorporationsort und Firmenwert	94
II. Regulierungswettbewerbstypen	96
1. Typ I: Yardstick-Competition	97
2. Typ II: Wettbewerb auf internationalen Gütermärkten	100
3. Typ III: Faktormobilität und Standortwettbewerb	103
a) Sitzverlegung mit Formwechsel: Sitztheorie	103
b) Exkurs: Eine Beurteilung der Faktormobilität aus Sicht der Kon- stitutionenökonomik	106
4. Typ IV: Rechtswahlfreiheit und Regulierungswettbewerb (Grün- dungstheorie)	112
5. Typ V: Vertragsfreiheit, Deregulierung und „private regulation“ ..	113
a) Eine Beurteilung der vollständigen Vertragsfreiheit im Gesell- schaftsrecht	114
b) Eine Beurteilung von freiwillig vereinbarten Verhaltenskodices ..	118

E. Zur Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs zwischen Gesellschaftsrechten	120
I. Normative Grundhypothesen zur Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs im Gesellschaftsrecht	121
1. Die „race to the bottom“-Hypothese	122
2. Die „race to the top“-Hypothese	123
II. Markttheoretische Erklärungsansätze	125
1. Zwischen vollkommener Konkurrenz und Monopol: Preis- und Qualitätswettbewerb auf dem Markt für Gesellschaftsrechte	126
a) Unvollkommener Wettbewerb	126
aa) Wettbewerb und Diffusion von gesellschaftsrechtlichen Innovationen: Eine Annäherung an die Wettbewerbsprozesse im Gesellschaftsrecht	127
(1) Das Anreizproblem	127
(2) Die Diffusion gesellschaftsrechtlicher Regeln	130
bb) „Raising rivals’ cost“ durch „Unbestimmtheit“ als Wettbewerbsstrategie	134
b) Differenzierungsstrategien	138
aa) Produktdifferenzierung	138
bb) (Steuer-) Preisdifferenzierung	141
2. Reputationsmechanismen	145
a) Die Selbstbindung durch die Rechtsnachfrager	146
b) Die Selbstbindung durch die Rechtsanbieter	149
3. Die Rolle von Wissen und Lernen in der Gesellschaftsrechtsentwicklung	152
a) Lernprozeß I: Intrajurisdiktionelle Wissensakkumulation	153
aa) Die Rolle von Regeln	154
bb) Die Rolle des Gerichtssystems	156
cc) Die Rolle von Richtern	158
dd) Die Rolle von Anwälten	162
b) Lernprozeß II: Interjurisdiktioneller Wettbewerb als Innovations- und Imitationsprozeß	164
III. Politökonomische Erklärungsansätze	167
1. Rent-Seeking und Manageralismus	168
a) Sind kleine Jurisdiktionen weniger anfällig für Interessengruppen?	168
b) Externe Kosten als Problem des Regulierungswettbewerbs?	172
2. Der Einfluß ausgewählter Interessengruppen	174
a) Die Zielfunktion der Politiker	175
b) Die Zielfunktion der Gesellschafter	178
c) Die Zielfunktion der Manager	179
d) Die Zielfunktion der Anwälte	183
e) Die Zielfunktion der Richter	187
3. Empirische Erfahrungen – eine Bewertung	189
a) Wettbewerb als Problemverstärker?	189
b) Wettbewerb als Problemlöser?	191

IV. Pfadabhängigkeit als Erklärungsmuster	194
1. Gibt es eine Konvergenz im Gesellschaftsrecht?	194
2. Die Bedeutung von institutionellen Pfadabhängigkeiten	197
3. O.W. Holmes zur Bedeutung der historischen Zeit in der Rechtsentwicklung	198
4. Das Konzept des technologischen Paradigmas	200
a) Grundlagen	200
b) Stabilisierende Faktoren	203
aa) Versunkene Kosten	203
bb) Unsicherheit	204
cc) Dynamische Skalenvorteile	204
(1) Lerneffekte	205
(2) Netzwerkexternalitäten	205
dd) Komplementaritäten und technologische Schnittstellen	206
5. Gesellschaftsrechtliche Paradigmen	208
a) Definition	208
b) Beispiele	209
c) Stabilisierende Faktoren	212
aa) Versunkene Kosten	213
bb) Unsicherheit	214
cc) Dynamische Skalenvorteile	215
(1) Lerneffekte	215
(2) Netzwerkexternalitäten	217
dd) Komplementaritäten	219
(1) Das Phänomen der Komplementarität im Gesellschaftsrecht	219
(2) Die Folgen von Komplementarität	221
d) Paradigmenwechsel im Gesellschaftsrecht	223
6. Wettbewerb zwischen und innerhalb gesellschaftsrechtlicher Paradigmen	224
a) Wettbewerb zwischen gesellschaftsrechtlichen Paradigmen: Das Beispiel Europäische Union	225
aa) Die Ausgangssituation	225
bb) Normative Folgerungen	226
cc) Folgerungen zu den Funktionsbedingungen des Regulierungswettbewerbs	228
b) Wettbewerb innerhalb eines gesellschaftsrechtlichen Paradigmas: Das Beispiel Vereinigte Staaten	229
V. Zusammenfassung und Würdigung	232
1. Eine Beurteilung der Ansätze zur Analyse der Funktionsfähigkeit des gesellschaftsrechtlichen Wettbewerbs	232
2. Ein Ausblick auf das Problem der Schaffung einer Metaordnung für den Wettbewerb zwischen Gesellschaftsrechten	239

F. Mögliche Elemente einer Wettbewerbsordnung für den Wettbewerb im Gesellschaftsrecht	241
I. Das Wissensproblem beim Design einer geeigneten Metaordnung	241
II. Lösung des Anreizproblems durch Einführung einer „franchise tax“ ..	243
III. Gewährung von Freizügigkeit für Richter und Anwälte	246
IV. Kollisionsrecht als Metaordnung für den gesellschaftsrechtlichen Regu- lierungswettbewerb	247
1. Grundelemente einer kollisionsrechtlichen Lösung	248
a) Freiheit der Rechtswahl	248
b) Freiheit der Forumwahl	253
c) Interlokale Rechtsdurchsetzung	256
2. Das Problem externer Effekte und die föderale Zuordnung von Pro- perty Rights	258
a) Spontane private Lösungen: Neue Internalisierungsmechanismen	260
b) Elemente einer prozeduralen Lösung innerhalb des Kollisions- rechts	261
c) Materielle Harmonisierung	262
V. Residuale Kontrollrechte und Rechtsföderalismus	263
VI. Die Bedeutung von Metaregeln zur Lösung des Problems institutionel- ler Komplementaritäten	267
1. Gesellschaftsrechtliche Module und Schnittstellen	267
2. Zum Verhältnis von Gesellschaftsrecht und Kapitalmarktrecht	269
VII. Zwischenfazit	272
G. Niederlassungsfreiheit juristischer Personen in der Europäischen Union – ein Ausblick	274
I. Eine Prüfliste für die Inangangsetzung eines Regulierungswettbewerbs ..	274
II. Ausgewählte Einzelaspekte der Niederlassungsfreiheit	276
1. Eine abschließende Interpretation der Centros-Entscheidung	276
2. Die Überlagerungstheorie als Schritt hin zu mehr Wettbewerb	279
3. Beseitigung steuerlicher Mobilitätshindernisse	281
H. Fazit	283
Literaturverzeichnis	287
Sachverzeichnis	310

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Inkorporationsgebühren in Delaware	92
Tabelle 2: Aufkommen der „franchise tax“ in den Jahren 1981–1990 als Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen in Delaware	93
Tabelle 3: Einnahmen aus der „franchise tax“ in Prozent des Gesamtsteueraufkommens in den Jahren 1960 bis 1990 in ausgewählten US-Bundesstaaten.	94
Tabelle 4: Sponsoren von managementfreundlichen Übernahmegesetzen	181
Abbildung 1: Das Nexus-Modell	67
Abbildung 2: Konsensfindungskosten in Abhängigkeit des Mobilitätsgrades ..	110
Abbildung 3: Regulierungswettbewerbstyp und Mobilitätsgrad	119
Abbildung 4a: Diffusion von gesellschaftsrechtlichen Innovationen, die nicht im Model Act erwähnt werden	132
Abbildung 4b: Diffusion von gesellschaftsrechtlichen Innovationen, die im Model Act erwähnt werden	133
Abbildung 5: Technologische Trajektorie	203
Abbildung 6: Adoption und Wechsel von gesellschaftsrechtlichen Regulierungen	216
Abbildung 7: Der Wechsel von gesellschaftsrechtlichen Paradigmen	224

Competition requires an institutional infrastructure that includes both property rights and regulation of competition. The structure of these property rights, and of regulation, cannot simply be assumed. Given a specified set of property rights, competition may maximize wealth. However, society may decide that other values are important and consequently may restrain competition.

(Joel P. Trachtman, *Regulatory Competition and Regulatory Jurisdiction*, in: *Journal of International Economic Law*, Vol. 3, 2000, S. 332)

A. Einführung in die Problemstellung

I. Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften in der Theorie der Wirtschaftspolitik – Wettbewerbsföderalismus

1. Staat als Monopol – Staat als Wettbewerber

In der Theorie der Wirtschaftspolitik ist bislang der Nationalstaat das dominierende Untersuchungsobjekt.¹ Dies gilt sowohl für die positive Analyse wirtschaftspolitischer Prozesse wie für die Generierung normativer Handlungsempfehlungen. Dabei ist die Heuristik, an der die normativen Probleme und die positive Analyse abgearbeitet werden, das Monopol.² In normativer Perspektive erhält der Staat über den Verfassungsvertrag, den die Bürger miteinander abschließen, das Machtmonopol. Damit soll der Rechtschutzstaat geschaffen werden, der die unproduktive Dilemmasituation des Naturzustands überwinden helfen soll.³ Die sich hieran anschließende Frage ist dann, wie das Monopol des Staates im Verhältnis zu den Bürgern zu

¹ Siehe beispielsweise *Epstein*, Exit Rights under Federalism, in: *Law and Contemporary Problems*, Vol. 55, 1992, S. 147 ff.; *Easterbrook*, The State of Madison's Vision of the State: A Public Choice Perspective, in: *Harvard Law Review*, Vol. 107, 1994, S. 1328; *Kerber*, Erfordern Globalisierung und Standortwettbewerb einen Paradigmenwechsel in der Theorie der Wirtschaftspolitik?, in: *Ordo*, Bd. 49, 1998, S. 254; *Wolfgang Schäfer*, Globalisierung: Entmonopolisierung des Nationalen?, in: *Berg* (Hrsg.), *Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen – Formen – Konsequenzen*, 1999, Berlin, S. 9 ff.; einen empirisch angelegten Überblick gibt *Panic*, The End of the Nation State?, in: *Structural Change and Economic Dynamics*, Vol. 8, 1997, S. 29 ff.

² Dies gilt auch für die meisten Außenhandelstheorien, in denen häufig angenommen wird, daß Produktionsfaktoren zwar national völlig mobil, aber international vollkommen immobil sind.

³ *Buchanan*, *The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan*, 1975, Chicago.

gestalten sei, um die Bürger vor der Ausnutzung der Monopolstellung durch die staatlichen Amtsträger und organisierten Interessengruppen zu schützen.⁴ Hierbei sind zwei komplementäre Lösungswege unterscheidbar. Zum einen die Sicherstellung der Partizipation der Bürger im politischen Prozeß durch Wahlen und Referenden und zum anderen durch konstitutionelle Regeln, die den Staat in der Ausübung seines Machtmonopols auf das von den Bürgern gewünschte Ausmaß beschränken. Um eine Verknüpfung des Ziels der Machtbegrenzung mit hierfür geeigneten politischen Mitteln herzustellen, ist es jedoch neben der normativen Analyse auch nötig, den Staat als Monopol positiv zu analysieren. Das heißt, es sind empirisch gehaltvolle Hypothesen darüber zu bilden und zu testen, wie sich ein Staat als Monopolist beziehungsweise dessen Amtsträger unter einem bestimmten Regelrahmen tatsächlich verhalten. Dieser Analyse widmet sich insbesondere die Neue Politische Ökonomik (Public Choice), die untersucht, welche allokativen und distributiven Folgen von bestimmten Ausgestaltungen des politischen Prozesses und der konstitutionellen Regeln ausgehen. Dabei wird prinzipiell vom eigeninteressierten Verhalten staatlicher Akteure ausgegangen, die das staatliche Monopol im Bereich der Gewaltausübung und in der Bereitstellung öffentlicher Leistungen dazu benutzen können, Renten umzuverteilen.⁵ Denkt man den Staat in dieser Weise paradigmatisch als Monopolisten, könnte man auch sagen, daß den Bürgern nur die Voice-Option bleibt, um den Staat an den Bürgerwillen zu koppeln.⁶ Entsprechend steht der Verfassungsvertrag und der politische Prozeß im Mittelpunkt der politökonomischen Betrachtung des Staates.

Der Staat muß jedoch in der Theorie der Wirtschaftspolitik nicht notwendig nur im Paradigma des Monopols gedacht werden. Es ist ebenso möglich, den Staat im Wettbewerbsparadigma zu denken.⁷ Aus dieser Sicht ent-

⁴ *Epstein, Exit Rights ...; Josselin/Marciano, The Paradox of Leviathan: How to Develop and Contain the Future European State?*, in: *European Journal of Law and Economics*, Vol. 4, 1997, S. 5 ff.

⁵ Siehe beispielsweise *Mueller, Public Choice II*, 1997, Cambridge; oder *Frey/Kirchgässner, Demokratische Wirtschaftspolitik*, 2. Aufl., 1994, München. Mit besonderem Bezug zur Regulierungstheorie siehe *Stigler, The Theory of Economic Regulation*, in: *Bell Journal of Economics and Management Science*, Vol. 2, 1971, S. 3 ff.; sowie *Peltzman, Toward a More General Theory of Regulation*, in: *Journal of Law and Economics*, Vol. 19, 1976, S. 11 ff.

⁶ Zur Unterscheidung von „Exit“ und „Voice“ siehe grundsätzlich *Hirschman, Abwanderung und Widerspruch*, 1974, Tübingen. Zur Rolle von „Exit“ und „Voice“ Mechanismen in der Konstitutionenökonomik siehe zum Beispiel *Van den Hauwe, Constitutional Economics*, in: *Backhaus* (Hrsg.), *The Elgar Companion to Law and Economics*, 1999, Cheltenham, S. 100 ff.

⁷ *Easterbrook, The State of Madison's Vision of the State ...; Kerber, Erfordern Globalisierung und Standortwettbewerb einen Paradigmenwechsel ...; derselbe, Zum Problem einer Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb*, in: *Jahrbuch*

scheidet der Bürger durch die Entry- und Exit-Entscheidungen⁸ seiner Produktionsfaktoren in oder aus Gebietskörperschaften über die Vorteilhaftigkeit der von Gebietskörperschaften angebotenen Steuer-Leistungspakete. So mag ein in Deutschland wohnhafter Bürger in Frankreich arbeiten und sein Kapital in Italien anlegen und damit zum Ausdruck bringen, daß sein Humankapital in Frankreich in die aus seiner Sicht beste Verwendung gelangt, während er sein Finanzkapital in Italien am besten angelegt vermutet und er seine Freizeit am liebsten in Deutschland unter den dortigen Umweltschutzregulierungen verbringt.

Es bedarf nur wenig Vorstellungskraft, daß von einer solchen Faktormobilität Wettbewerbsprozesse ausgelöst werden können, die Staaten dazu bringen, den mobilen Faktoren Leistungsangebote an ihren Standorten zu unterbreiten, die die mobilen Faktoren anlocken sollen. Mit der Vermutung, daß Standorte in einen Wettbewerb mit Steuer-Leistungsbündeln treten, wenn Faktoren eine hohe Mobilität besitzen, ist natürlich noch keine Aussage darüber getroffen, ob der vermutete Wettbewerbsprozeß zu Ergebnissen führt, die auch gesellschaftlich gewünscht sind. Hierüber wird vielmehr in jüngster Zeit eine heftige Debatte geführt, die am Beispiel des Wettbewerbs zwischen gesellschaftsrechtlichen Regulierungen und der Ordnung dieses Wettbewerbs noch beispielhaft nachgezeichnet werden soll.⁹

An dieser Stelle sei bereits auf eine wichtige Differenzierung hingewiesen, die das Bild „Staat als Monopolist – Staat als Wettbewerber“ noch konturenreicher macht. Man kann bei der Untersuchung des Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften nämlich zwischen verschiedenen Mobilitätsgraden der Faktoren unterscheiden, die ein Maß dafür sind, wie stark der Monopolcharakter eines Staates beim Angebot seiner Leistungen ist. Neben den beiden Extremen der vollständig exklusiven Bereitstellung der Leistungen durch den Staat ohne jegliche Wahlmöglichkeiten und der Privatisierung staatlicher Leistungen sind vor allem die Zwischenstufen des interjurisdiktionellen Wettbewerbs interessant. Grundsätzlich kann man dabei zwischen *Standortwettbewerb* und *Regulierungswettbewerb* unterscheiden. Beim Standortwettbewerb werden die Faktoren als mobil betrachtet, während die von den Jurisdiktionen angebotenen Steuer-Leistungsbündel

für Neue Politische Ökonomie, Bd. 17, 1998, 199 ff.; sowie *Siebert*, Zum Paradigma des Standortwettbewerbs, 2000, Tübingen.

⁸ Die Bedeutung einer Entry/Exit-Ordnung zur Grundlegung eines Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften wird insbesondere betont von *Epstein*, *Exit Rights* ...

⁹ Zur Bedeutung einer Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb siehe überblicksartig *Kerber*, *Erfordern Globalisierung und Standortwettbewerb einen Paradigmenwechsel ...*; *derselbe*, *Zum Problem einer Wettbewerbsordnung ...*; und *Van den Bergh*, *Towards an Institutional Legal Framework for Regulatory Competition in Europe*, in: *Kyklos*, Vol. 53, 2000, S. 435 ff.